Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—5 Uhr.
Für die Redaction eingesandte Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Post nachnahme.

№ 54. Mittwoch den 23. Februar 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Obwohl durch Bekanntmachung vom 2. Februar vorigen Jahres den hiesigen Schänkwirthen eröffnet worden ist, daß für **Bockbierfeste und carnevalistische Narren-Abende** Musikerlaubniß nur bis 11 Uhr ertheilt werden solle, sind doch neuerdings wiederholt Gesuche eingegangen, durch welche auf eine längere Zeit Erlaubniß für Musikhaltung bei solchen Festen erbeten worden ist.

Die Schänkwirthe werden daher nochmals in Kenntniß gesetzt, daß bei solchen Veranlassungen Musik nur bis 11 Uhr gestattet wird, zugleich der verständigt, daß auch Seiten des unterzeichneten Polizeiamts eine Erstreckung der allgemein oder für den einzelnen Gesuchsteller festgestellten Schlußzeit versagt und vielmehr gegen Ueberschreitungen derselben mit den hierfalls angedrohten Strafen verfahren werden wird, überdies aber vorbehalten wird, gegen Schänkwirthe, welche solcher Ueberschreitungen sich schuldig machen, eine frühere Schlußzeit festzusetzen.

Leipzig, den 22. Februar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig. **Das Polizei-Amt.**
VI. 740. Dr. Georgi. Bretschneider.
Eichorius.

Gewölbe-Vermiethung.

Das im Erdgeschoß des Rathhauses (Naschmarktseite) befindliche **Verkaufsgewölbe Nr. 22 soll vom 1. April dd. Js. an** gegen **einhalbjährliche Kündigung**
Freitag, den 4. März dd. Js.,
Vormittags 11 Uhr
auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 16, **an den Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Vorsaale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarium des zu vermiethenden Gewölbes schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 18. Februar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 773. Dr. Georgi. Sitz.

Bekanntmachung,
die Anmeldung taubstummer, sowie blinder Kinder betr.

Gesetzlicher Bestimmung gemäß sind taubstumme, sowie blinde Kinder bei dem Eintritt in das schulpflichtige Alter in hierzu bestimmten öffentlichen oder Privatanstalten unterzubringen, sofern nicht durch die dazu Verpflichteten anderweit für ihre Erziehung hinreichend gesorgt ist.

Wir fordern daher die hier wohnhaften Eltern solcher Kinder, beziehentlich die Stellvertreter der Eltern, hierdurch auf, alle die jetzt noch nicht angemeldeten, im volksschulpflichtigen Alter stehenden taubstummen, sowie blinden Kinder behufs deren Aufnahme in eine Anstalt spätestens bis zum

28. dieses Monats

schriftlich bei uns anzumelden.

Leipzig, am 11. Februar 1887.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Vanitz. Lehnert.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 14. bis 20. Februar d. J. im Argandbrenner bei 25 Millimeter Druck und 140 Litern stündlichem Consum das 16.7fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0.411.

Leipzig, am 22. Februar 1887.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Der Inhaber des von unserem II. Filial als abhanden gekommen angezeigten Interimsscheins über das Sparcassenbuch Serie II. Nr. 94566 wird hierdurch aufgefordert, denselben innerhalb drei Monaten und längstens am 23. Mai dieses Jahres an die unterzeichnete Anstalt zurückzugeben oder sein Recht daran zu beweisen, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger, nach erfolgter Beibringung seiner Anzeige, das Buch ausgehändigt werden wird.

Leipzig, den 19. Februar 1887.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Realgymnasium zu Leipzig.

Donnerstag, den 24. Februar 1887, Vormittags 8 Uhr: **Aufnahmeprüfung.** Giesel.

Realschule Reudnitz.

Aufnahmeprüfung Donnerstag, den 24. Februar, früh 8 Uhr.
Reudnitz, den 22. Februar 1887. **Dr. J. Heubner.**

Cassirer-Stelle.

Die Stelle des hiesigen **Orts- und Sparcassen-Cassirers**, mit der die Function des Ortsbrief-Einnehmers inhaltlich nicht verbunden ist, kommt in Folge freiwilligen Rücktritts des dermaligen Inhabers zur Erledigung und soll spätestens am 15. Mai cr. anderweit besetzt werden.

Das Jahreseinkommen beträgt 1800 ℳ und die zu bestellende Caution 3000 ℳ.

Cautionsfähige, mit dem Sparcassenwesen vertraute Bewerber wollen ihre Gesuche mit abschriftlichen Zeugnissen bis 5. März cr. anher einreichen.

Ueberwolkwitz, am 16. Februar 1887.

Der Gemeinderath.
Dyck.

Nichtamtlicher Theil.

Der Sieg in Leipzig-Stadt.

* Mit von freudigem Hochgefühl geschwellter Brust können wir auf das Ergebniß der jüngsten Reichstagswahl in unserer Stadt Leipzig blicken. Wir haben zwar nicht die Besorgniß Derjenigen getheilt, welche entweder die Nothwendigkeit einer Stichwahl voraussahen oder gar ein noch schlimmeres Resultat befürchteten, aber daß die reichstreue Bürgerschaft Leipzigs einem so vernichtenden Schlag gegen die Feinde des Reiches und der Ordnung führen würde, das hat selbst, wir gestehen es offen, unsere Erwartungen übertroffen. Nun, da jetzt das über alle Maßen glänzende Wahlresultat in seiner Totalität vorliegt, da wollen wir nicht länger darüber rechten, ob der Eine oder Andere mit seiner Anschauung und seiner Voraussagung Recht gehabt hat, sondern wir wollen lediglich dem Bedürfniß der Freude und des Dankes Ausdruck verleihen, daß unsere Stadt Leipzig nach wie vor als ein unerschütterlicher Leuchtthurm aus dem wogenden Meer patriotischer Begeisterung hervorragt, das hoffentlich vorgestern die reichsfeindliche Majorität des Reichstages hinweggeschwemmt haben wird.

Der hauptsächliche Grund des vorgestrigen großartigen Wahlerfolges liegt darin, daß es den vereinten Bemühungen gelungen ist, die große Zahl der für gewöhnlich Lauen und Trägen auf die Beine zu bringen. Leipzig besitzt, das haben bis jetzt alle Wahlen gezeigt, einen sehr starken Stamm guter unentwegt reichstreuer Bürger, die für ihren Theil an den Wahlurnen zu erscheinen pflegen und ihnen ist es zuzuschreiben, daß unsere Stadt das Schicksal vieler anderer Großstädte, eine Beute der Socialdemokratie zu werden, nicht ereilt hat; der zweite Factor zu den bisherigen reichstreuen Wahl-Erfolgen in Leipzig besteht darin, daß die beiden großen Ordnungsparteien, die Nationalliberalen und die Conservativen, schon längst erkannt haben, welche Thorheit sie beachen würden, wenn sie bei der Reichstagswahl einander bekämpfen. Das Wahlcartell zwischen der nationalliberalen und der conservativen Partei, wie es dieses Mal in Folge eiserner Nothwendigkeit allgemein im Reiche zu Tage getreten ist und, wie man schon jetzt ersehen kann, wirklich erhebende Erfolge gezeitigt hat, hat in Leipzig schon die ganzen Jahre daher bestanden und für das unbedingt nothwendige vertrauensvolle Entgegenkommen der beiden Parteien war dieses Mal in bester Weise der Weg geebnet.

Wir können uns aber nicht verhehlen, daß es trotz dieser günstigen Umstände in Leipzig nicht möglich gewesen wäre, mit einer solchen Wucht, wie das vorgestern geschehen ist, gegen die reichsfeindlichen Parteien durchzudrücken, wenn eben nicht der Appell an die Indifferenten von Erfolg begleitet gewesen wäre. Dieser Appell hat dieses Mal Wunder gewirkt, denn von 34,700 Wahlberechtigten haben 31,000 gewählt, das sind etwa 90 Procent. In vielen Wahlkreisen haben sogar 92 und 92 Procent gewählt, fürwahr eine Wahlbetheiligung, wie sie von einer Wählerschaft nicht pflichtgemäßer und glänzender bethätigt werden kann. Wenn man berücksichtigt, daß in Folge des Charakters unserer Stadt als Handelsstadt eine sehr bedeutende Anzahl ihrer Wähler auf Geschäftsreisen sich befunden hat, so kann man wohl sagen, daß vorgestern beinahe jeder Wahlberechtigte an der Wahlurne erschienen ist. Wenn es eigentlich für Jedermann patriotische Pflicht sein sollte, sein Wahlrecht auszuüben und ein förmlicher Dank dafür nicht gerührt, so wollen wir doch recht an dieser Stelle rühmend anerkennen, daß es am 21. Februar in Leipzig keinen Lauen und Trägen gegeben hat, verschwindende Ausnahmen natürlich abgerechnet. Die Empfindung, zu dem herrlichen Wahlsieg beigetragen zu haben, möge diesen aus dem Schlafe erwachten indifferenten Bürgern, die allerdings besonderer Reizmittel bedurften, ein Sporn für die Zukunft sein, nicht wieder in den alten Fehler der Gleichgiltigkeit und Zurückhaltung zu verfallen.

Zu dem Ergebniß der vorgestrigen Wahl hat endlich auch noch die musterhafte Organisation der reichstreuen Parteien beigetragen. Die verschiedenen Ausschüsse und die Vertrauensmänner haben rühmlich gewetteifert, den technischen Wahlagitations-Apparat zum Klappen zu bringen und viele, sehr viele Wähler werden bezeugen können, wie sie ein, zwei und sogar drei Mal zur Ausübung ihres Wahlrechtes ermahnt worden sind, ein Mittel, das von sehr günstigem Erfolg begleitet war. Daß dieses Mahnverfahren so energisch und exact in Scene gesetzt werden konnte, das ist zum wesentlichen Theil der höchst schätzenswerthen Unterstützung zu verdanken, welche die hiesige Studentenschaft durch Stellung freiwilliger Boten dem reichstreuen Wahlcomité hat zu Theil werden lassen. Das bringt uns in die angenehme Lage, den Herren Studirenden, die ihre freiwillige Agitation nicht allein auf Leipzig-Stadt, sondern auch auf das sehr schwierige Terrain des Leipziger Landkreises erstreckten, für diese patriotische Hingebung ebenfalls unseren wärmsten Dank abzustatten.

Was lehrt das vorgestrige Wahlergebniß in Leipzig? In erster Linie, daß die reichstreue Wählerschaft in unserer Stadt, wenn das Vaterland auf dem Spiele steht, nicht mit sich spaßen läßt, daß alle Angriffe der reichsfeindlichen Parteien an ihr jämmerlich zerschellen. So ist es, Gott sei dank, bisher immer gewesen und so wird es, will's Gott, auch immer bleiben. Die Socialdemokratie wird sich wohl allmälig überzeugen, daß der Strom von Schlamm und Bosheit, von Rohheit und Vaterlandslosigkeit, mit welchem sie operirt, hier die Wirkung hervorgebracht, daß alle anständigen Leute sich zusammenschaaren und dieser Partei ein warnendes „Bis hierher und nicht weiter“ zurufen. Die Hochfluth der socialdemokratischen Agitation dürfte mit dem vorgestrigen Tage eine entschiedene Eindämmung in Leipzig und wohl auch im ganzen Reiche erfahren haben. Von der sogenannten deutsch-freisinnigen Partei verlohnt es sich eigentlich gar nicht zu reden, dieselbe ist mit ihrem Candidaten so gründlich reingefallen, daß kein vernünftiger Mensch diese Partei noch für ernst nehmen kann. Der Fluch der Lächerlichkeit dürfte dieselbe nunmehr vollständig getroffen haben.

Und nun mögen sich alle reichstreuen Wähler unserer Stadt angesichts des vorgestrigen Wahlresultates geloben, auch fort und fort brüderlich zusammenzustehen, und wenn wieder das Vaterland ruft, mit gleicher Kraft seinen Feinden entgegenzutreten.

Die Lage im Osten.

Im ungarischen Abgeordnetenhause hat am Sonnabend eine Verhandlung stattgefunden, welche auch für Deutschland von großem Interesse ist, weil dabei die Auffassung zum Ausdruck gekommen ist, welche die Regierung von der gegenwärtigen Lage in Europa hat. In dieser Beziehung verdienen besonders die vom Honved-Minister Baron Fejervary abgegebenen Erklärungen Beachtung. Der Minister sagte unter Anderm: Da in ganz Europa eine ganz ungewöhnliche Thätigkeit zum Zweck der Erhöhung der Wehrkraft wahrzunehmen ist, da es ferner unsere patriotische Pflicht ist, für die Sicherheit unseres Vaterlandes dergestalt zu sorgen, daß wir für den Fall eines Angriffes, derselbe möge nun zu welcher Zeit oder von welcher Seite immer kommen, gerüstet sind, habe ich dem Hause diesen Gesetzentwurf vorgelegt, um nicht eines Versäumnisses beschuldigt zu werden, welches verhängnißvoll werden könnte. Wir wissen, daß das Friedensbedürfniß der Völker seitens der Regierungen getheilt wird und daß wir der Hoffnung Raum geben können und müssen, die friedlichen Bestrebungen werden das Uebergewicht gewinnen; doch ist es andererseits nicht zu leugnen, daß der Horizont Europas umwölkt, die politische Atmosphäre mit Elektricität gesättigt ist, und wir wissen nicht, wann und wo der Funke sich entzündet, von welchem das zweifellos vorhandene Zündmaterial Feuer fängt. Mit einem Worte: Die Unsicherheit der Lage wirkt in ganz Europa drückend auf die Gemüther.

Man kann gewiß nicht behaupten, daß diese Erklärung sehr zuversichtlich klingt, und man würde auch in einer Täuschung befangen sein, wenn man glaubte, daß die Worte, welche der Ministerpräsident später hinzugefügt hat, um die Lage zu charakterisiren, den Eindruck des von Fejervary Gesagten wieder verwischt hätten. Tisza sprach zwar die Hoffnung, daß der Friede erhalten werde, gleich seinem Collegen Fejervary aus, aber er konnte doch nicht umhin, zu bemerken: Wenn trotz aller Bestrebungen und Hoffnungen dennoch ernste Eventualitäten eintreten sollten, so bin ich überzeugt, daß jeder Sohn des Landes seine Pflicht thun wird. Und er schloß mit den Worten: Man verlangt von der Volksvertretung nicht die Mittel für die Mobilisirung, nicht für Kriegszwecke, sondern nur für eine äußerste Eventualität, wenn die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens wider Erwarten sich als trügerisch erweisen sollte und die Monarchie für ihre Interessen einzutreten genöthigt wäre. Die einstimmige Annahme dieser Vorlage betrachte ich als einen Beweis, daß im Herzen der Söhne dieser Nation sowohl die Vaterlandsliebe, als jener politische Takt vorhanden ist, ohne den ein freies Land nicht existiren kann.

Die Nutzanwendung auf den deutschen Reichstag, dessen Mehrheit bekanntlich diesen Takt bei der Abstimmung über die Septennatsvorlage am 14. Januar nicht bewiesen hat, liegt nahe genug. In Oesterreich-Ungarn ist man sich überhaupt des Ernstes der Lage vollkommen bewußt, denn nicht nur in Pest ist die Landsturmvorlage einstimmig angenommen worden, auch in Wien hat der Budgetausschuß den Credit von 12 Millionen Gulden für die Landwehr und den Landsturm einstimmig bewilligt.

Das Bestreben der beiderseitigen Regierungen ist offenbar darauf gerichtet, den parlamentarischen Verhandlungen über jene Credite den Stachel für Rußland, welcher darin offenbar erhalten ist, möglichst zu verhüllen, deshalb ließ es auch der Honvedminister zweifelhaft, von welcher Seite ein Angriff gegen Oesterreich-Ungarn drohe. Da jedoch Deutschland mit Oesterreich-Ungarn durch ein festes Bündniß verbunden ist, so ist nicht abzusehen, welche andere Gefahr als diejenige, welche Rußland darbietet, gemeint sein könnte, denn selbst ein Krieg, welcher durch einen französischen Angriff auf Deutschland entzündet würde, könnte für Oesterreich-Ungarn nur in dem Falle Gefahr bringen, wenn sich Rußland dadurch veranlaßt fühlte, feindthätig in die Bewegung einzugreifen.

Man könnte geneigt sein, wegen der verhältnißmäßigen Ruhe, welche gegenwärtig auf der Balkanhalbinsel herrscht, die von dieser Seite drohende Gefahr als beseitigt anzusehen, ein Blick auf die englischen Parlamentsverhandlungen lehrt jedoch, daß diese Auffassung irrig sein würde, das Feuer glimmt dort unter der Asche fleißig weiter und Rußland wartet vorläufig nur den geeigneten Augenblick ab, um ihn, wenn er eintritt, um so nachdrücklicher für seine Zwecke auszubeuten. Der Unterstaatssecretair des Auswärtigen, Ferguson, erwiderte am Freitag auf eine Bemerkung Labouchère's, daß die Zustände in Bulgarien noch sehr kritisch seien und daß deshalb mehrere Schriftstücke nicht veröffentlicht werden könnten. Die Regentschaft Bulgariens habe sich unter den obwaltenden Schwierigkeiten überraschend bewähret, dadurch sei die Haltung Englands und dessen Bestrebungen für die Aufrechthaltung der Unabhängigkeit und der constitutionellen Rechte Bulgariens gerechtfertigt. Rußland weiß nun zwar, daß auf solche Worte, die ein englischer Minister oder sein Stellvertreter im Parlament äußert, wenig Werth zu legen ist, weil die Thaten den Worten nicht zu entsprechen pflegen, aber wahrscheinlich würde die russische Regierung dieser Erklärung größere Aufmerksamkeit geschenkt haben, wenn nicht der Schwerpunct der Entwickelung gegenwärtig im Westen läge. Die Lösung der bulgarischen Frage ist von Rußland offenbar bis nach Eintritt des Zeitpunctes vertagt, da die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich vollständig geklärt sind, und das wird voraussichtlich erst geschehen, nachdem das Wahlresultat des 21. Februar festgestellt ist. Bis dahin beschränkt sich die russische Regierung auf kurze Abfertigungen englischer Kundgebungen durch die amtlichen Preßorgane. Eine solche wendet sich gegen die Beschuldigung des „Standard“, daß wenn die Lösung der bulgarischen Schwierigkeiten nicht fortschreite, dies Rußland zur Last falle, welches die Anfragen der anderen Mächte nicht beantworte. Das „Journal de St. Pétersbourg“ bezweifelt, daß überhaupt derartige Anfragen gestellt wurden, übrigens wisse die Welt nach Veröffentlichung des englischen Blaubuchs, woher die Aufreizungen kommen, und wenn die bulgarische Frage ins Stocken gerathen sei, so werde der „Standard“ gut thun, die Ursache anderwärts zu suchen.

Man erkennt aus dieser milden Form, die bulgarische Frage zu behandeln, den Wunsch Rußlands, die Sache nicht zu überstürzen und den ruhigen Gang der Entwickelung nicht zu stören. Das ist sicherlich bei der gespannten Lage in Europa das Wünschenswerthe, denn, daß Rußland auf die Durchführung seiner Pläne in Bulgarien Verzicht leisten werde, erwartet wohl Niemand in Europa. Augenblicklich bestehen verhältnißmäßig befriedigende Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, das ist der alleinige Grund, welcher Rußlands Zurückhaltung erklärt. Diese augenblickliche Ruhe täuscht aber Oesterreich-Ungarn nicht über die Gefahren, welche ihm von Rußland drohen, daher sein Bestreben, sich möglichst gerüstet in Vertheidigungszustand zu setzen. Das Wort Vertheidigung wird auch von anderen Mächten mit Vorliebe im Munde geführt, besonders von Frankreich, obwohl alle Welt weiß, daß Frankreich niemals in die Lage kommen wird, sich gegen einen Angriff seines östlichen Nachbars zu vertheidigen. Die französischen Rüstungen sind eine stete Kriegsdrohung für Deutschland und diese sind es, welche ihre Wirkung bis nach Oesterreich und Rußland erstrecken. An die Stelle der bulgarischen Frage ist die deutsch-französische getreten, und weil sie die wichtigere ist, verstummt neben ihr das Geräusch auf der Balkanhalbinsel, ohne daß es vollständig aufgehört hätte. Die Gesammtlage in Europa ist heute eine unnatürliche und über Gebühr gespannte, es wird daher großer Mäßigung, Besonnenheit und Klugheit bedürfen, wenn die Elektricität, von welcher der Honvedminister Fejervary am Sonnabend sprach, unschädlich abgeleitet werden soll, ohne zu einer furchtbaren Erschütterung zu führen, deren Wirkungen in ganz Europa zu spüren sein würden.

Leipzig, 23. Februar 1887.

* Zu der „Südwestafrikanischen Gesellschaft“ und zu der „Deutschen südwestafrikanischen Compagnie“ ist noch eine dritte Corporation getreten, der „Verein zur Förderung deutscher Interessen in Süd-Afrika“. Die Aufgabe, welche sich diese neue Vereinigung gestellt hat, ist, einen Mittelpunct für die deutschen Interessen in Südafrika zu bilden, über die dortigen Verhältnisse sich eingehend zu unterrichten und mit ihren Kenntnissen oder Verbindungen allen Deutschen zu dienen. Der Verein strebt zugleich gedeihliche wirthschaftliche Beziehungen Deutschlands und der deutschen Colonialgebiete zu den südafrikanischen Staaten an, unter deren Schutze Deutsche leben. So will der Südafrikanische Verein die Deutschen in Südafrika in ihrem Streben nach Erhaltung deutscher Sprache, Sitte und Art unterstützen, sowie für die Eingeborenen Südafrikas mit Wohlwollen eintreten, sie wirthschaftlich und sittlich zu heben suchen und gute Beziehungen zwischen ihnen und den deutschen Ansiedlern fördern helfen; auch will er Forschungsreisen nach wirthschaftlich wichtigen Gebieten Südafrikas aus eigenen Mitteln oder durch Heranziehung von Staatlichen und sonstigen Unterstützungen zu veranlassen suchen.

* So bittere Wahrheiten hat die deutschfreisinnige Partei wohl selten zu hören bekommen wie in einer Erörterung „Zur Reichstagswahl“, welche der Berliner Professor Goldschmidt in der „National-Zeitung“ veröffentlicht. Der berühmte Gelehrte, dessen entschieden liberale Gesinnung auch von Fortschrittlern nicht bezweifelt werden kann, geißelt hier mit der deutschfreisinnigen Partei in wahrhaft vernichtender Weise ins Gericht. Aus dem ziemlich umfangreichen Aufsatz seien hier nur einige Sätze mitgetheilt:

„Für die großen Aufgaben des deutschen Staatslebens hat weder die alte Fortschrittspartei, noch die neue, welche jetzt den Namen der „Deutschfreisinnigen“ führt, jemals ein ausreichendes Verständniß gezeigt, anscheinend solches von Jahr zu Jahr in wachsendem Maße verloren. Die Männer, welche sich jetzt um den Abg. Eugen Richter schaaren, und es befinden sich darunter leider auch ehemalige Parteigenossen von ehemals erprobter nationaler Gesinnung, haben sich ein ganz falsches, ungeschichtliches und verderbliches Staatsideal zurechtgelegt, sie haben dieses Ideal in ganz mechanischer, schablonenhafter Weise ausgebildet und bisher rücksichtslos durchgeführt: ein Ideal von Parlamentarismus, wie solcher zu früher Zeit bisher in Deutschland oder gar in Preußen bestanden hat, wie er nur in schwachen Nationen, etwa dem neutralen Belgien oder dem noch in der staatlichen Ausbildung begriffenen Italien geübt wird, in dem parlamentarischen Musterstaate England aber zwar besteht, jedoch nur auf Grund für eigenthümlicher und geschichtlicher und gesellschaftlicher Voraussetzungen, welche wir weder besitzen, noch wünschen können. Wir Deutschen und vor Allem wir Preußen brauchen dagegen ein mächtiges Königthum. Was die Verbindung der sogenannten deutschfreisinnigen Partei mit den Ultramontanen, den Welfen, den Polen u. s. f. sagen will, das begreift nur Derjenige nicht, der die deutsche Geschichte nicht kennt. Das heiße, wenn es auch nicht beabsichtigt ist, Verrath am deutschen Reich, Landesverrath, wenn auch nicht strafgesetzlich verpönt. Und mit diesem Schmerze sehe ich Männer auf diesem höchst abschüssigen Wege, welcher einst bessere Ziele verfolgt haben. Unfähig den großen nationalen Aufgaben gegenüber hat die Fortschrittspartei sich gezeigt seit Errichtung des nordd. Bundes bis zur Gegenwart. Jeder einzelne von den entscheidenden Acten, auf welchen die Wiederherstellung und die Fortbildung des deutschen Reiches beruht, ist auf ihren doctrinären Widerstand gestoßen und hat nur gegen sie durch die damals noch die Mehrheit des Reichstages bildenden staatserhaltenden Parteien durchgesetzt werden können. In der ganzen so viele Wochen in Anspruch nehmenden, überaus traurigen Commissions- und Plenar-Berathung über das Septennat ist von diesen Männern nicht ein einziger staatsmännischer Gedanke entwickelt worden, nicht aber eine nörgelnde Schulmeisterei, ein erbauliches Besserwissenwollen gegenüber den sachkundigen militärischen Vertretern der Reichsregierung. Wenn die sämmtlich deutschfreisinnige genannte Partei immer mehr hergeht auf der abschüssigen Bahn einer doctrinären und sonstigen Oppositionspartei und, was sonst nur bei Sybiten begegnet, jede Fühlung mit dem wirklichen Volksgeist und den realen Staatserhältnissen verliert; wenn heut wackere Männer, von denen das zu schwer zu glauben war, in den dämonischen Bann der Partei und ihres rücksichtslosen Führers zu Grunde gehen; wenn, wie ich zuversichtlich hoffe, das deutsche Volk über diese Partei bei den bevorstehenden Wahlen ein vernichtendes Verdict abgiebt, nachdem auch die bisherigen Bundesgenossen, die Mitglieder des zerbröckelnden Centrums, genöthigt sind, die Folge zu verlassen, so kommt mir ihr leise Thräne nachgeronnen.“

Das ist das Urtheil eines in langen politischen und wissenschaftlichen Arbeiten bewährten Mannes, dem gewiß Niemand Muckertanbetung und Stockerthum nachsagen kann, dessen unabhängige und wahrhaft liberale Gesinnung vielmehr allbekannt ist, der aber die Aufgabe des deutschen Liberalismus nicht in einem öden doctrinären Rationalismus, sondern in der praktischen Mitarbeit an den großen nationalen und staatlichen Aufgaben unserer Zeit erblickt. Das Wort des hochverehrten Mannes wird sicherlich auch manchen Deutschfreisinnigen zu denken geben.

* Herrn Eugen Richter ist es in diesem Wahlkampfe eigenthümlich ergangen. Ein einziges Mal wollte er sprechen, im 5. Berliner Wahlkreise, am letzten Tage vor der Wahl. Selbst in seinem Wahlkreise Hagen war er nicht aufgetreten. Und das einzige Mal, da er auftrat, wurde nach einem eine Viertelstunde währenden Geschimpfe die Versammlung aufgelöst. Zur selben Zeit wurde im zweiten Berliner Wahlkreis Herrn Virchow von den Socialdemokraten so übel mitgespielt und die Versammlung gestaltete sich zu einem solchen Tumult, daß auch hier die Auflösung erfolgen mußte. Die wiederholten fortschrittlichen Versicherungen von der Gemeinsamkeit der politischen Ziele und Interessen scheinen bei den Socialdemokraten wenig Eindruck gemacht zu haben.

* Die „Germania“ berichtet mit großem Triumph, daß von den Unterzeichnern der rheinischen Adelsadresse gegen die Centrumsleitung bereits einer, Graf Franz von Spee, seinen Namen zurückgezogen habe. Die „Germania“ vergißt aber hinzuzufügen, daß Graf Spee, der die Gründe für seinen Widerruf nicht angiebt, zugleich erklärt, dem Fürsten von Hohenzollern seine Stimme bei der Wahl geben zu wollen, der bekanntlich als katholischer Gegencandidat gegen das Centrum in Düsseldorf aufgestellt ist. Einige dem Centrum angehörige adlige Abgeordnete der Rheinprovinz haben übrigens jetzt eine Gegenerklärung gegen ihre centrums-